

Albert Reinhardt
Zempiner Steig 10
13503 Berlin

albert-reinhardt@psi-21.de
<http://www.gattel-stiftung.de>

An den
Regierenden Bürgermeister
von Berlin - Senatskanzlei –
Jüdenstr. 1
10178 Berlin

12.01.2009

Gattel-Stiftung als Bürgerstiftung-Mitte

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

für das neue Jahr wünsche ich Ihnen Gesundheit und Erfolg!

Unsere Wünsche
sind die Vorgefühle der Fähigkeiten,
die in uns liegen,
die Vorboten desjenigen,
was wir zu leisten imstande sein werden.

Johann Wolfgang von Goethe

Anlässlich des „**Darwin Jahrs**“ und der 20igsten Jährung des „**Falls der Mauer**“ bitte ich Sie um Ihre Unterstützung beim Aufbau der **Gattel-Stiftung** als **Bürgerstiftung für Berlin Mitte**.

Die zur Gründung notwendige **Stiftungsmasse** soll durch die Überschreibung des **Grundstücks Prinzenallee 58** vom Land Berlin auf die „**Gattel-Stiftung-i.G.**“ erfolgen.

„**Auch Genies brauchen Hilfe**“,
lautet ein Artikel aus der Berliner Zeitung vom 09.01.2009.
Der Sozialforscher Michael Hutter erläutert darin die Bedeutung von
Gemeinschaften für Kreativität.

Der Wunsch diese Erkenntnisse auch im politischen Raum weiter zu entwickeln, scheint in jüngster Zeit, vor allem durch die Erfolge **Barak Obamas**, neu inspiriert worden zu sein.

Die These Jürgen Habermas': "**Kommunikative Macht wird ausgeübt im Modus der Belagerung**", verliert rasant an Bedeutung, da öffentliche Diskussionen und politisches Engagement zunehmend an den Parteien vorbei laufen, wie dies in der Sendung MONITOR vom 08.01.2009 gezeigt wurde.

<http://www.wdr.de/tv/monitor/>

MONITOR-Spezial im Wahljahr 2009

„Kreuz gemacht und abgehakt - Demokratie ohne Demokraten?

Ein Auto muss man tanken, klar, sonst fährt es nicht. Eine Blume gießen. Aber Demokratie, die läuft immer, wächst und macht sich von selbst? Demokratie braucht Bürger mit eigenen Ideen und persönlichem Einsatz. Volkspartei, so hieß das mal. Die großen Bundestagsparteien haben heute so wenig Mitglieder wie nie.“

Mit ihrem neuen Internetauftritt unter dem Motto, - „**Das Herz schlägt online**“ -, scheint die SPD die Strategie zu verfolgen, sich mittels interaktiver Internet-Technik, gegenüber den anderen Parteien einen Vorteil zu verschaffen. Ob sich jedoch so der Kontakt und die Bindung zum Bürger perspektivisch wirklich positiver gestalten lassen, bleibt fraglich, da die „**Verfahrensmacht**“ nicht durch „**bürgerschaftliche**“, - finanziell und politisch unabhängige und neutrale -, institutionelle Strukturen gewährleistet und kontrolliert wird, sondern, nach wie vor, vom „**good will**“ der Partei abhängig bleibt. Diese Form der „**vorbehaltenen Verfahrensmacht**“ der Parteien gegenüber „den Bürgern“ befreit den Bürger noch nicht vom „**Modus der Belagerung**“, signalisiert ihm stattdessen fortgesetzt den Mangel eigener „Souveränität“ und wird so, im Gegenzug, wiederum „**bürgerschaftliche Vorbehalte**“ erzeugen.

Den Weg, weg von der „**vorbehaltenen Verfahrensmacht**“ des Staates, hin zur „**vorgehaltenen Verfahrensmacht**“ durch die Bürger selbst zu beschreiten, ist längst überfällig und wird mit der Dauer seiner „**Prokrastination**“ (Aufschieben) nicht einfacher werden.

Die vorhanden sub-optimalen Kommunikations-, Entscheidungs- und Handlungsstrukturen, auf die Bürger und Politiker zurzeit im Umgang miteinander noch beschränkt werden, lassen den Bürger tendenziell verunsichert und verängstigt zurück.

Um die Verständigungsmöglichkeiten zwischen Bürgern und Politikern wieder zu verbessern, ist es wesentlich, dass zukünftig politisch und finanziell unabhängige NGOs, wie Bürgerstiftungen, die Trägerschaft von Beteiligungsverfahren übernehmen. Die erforderliche technische und finanzielle Ausstattung ist zunächst in Form einer staatlich (vor-)finanzierten **Infrastruktur** bereitzustellen, die sozusagen zugleich nicht nur die „Hardware“ und das „Betriebssystem“ darstellt, sondern auch über die Lizenzen der verschiedenen Beteiligungsverfahren verfügt, um alles gemeinsam als **„Open-Source“** zu sichern, um einen möglichst **breiten und gleichberechtigten Zugang** der Bürger zu gewährleisten. Die Beteiligungsverfahren einer „freien und fairen Bürgergesellschaft“, sollten daher strukturell unabhängig sein von der Wirtschaft, staatlichen Institutionen und Parteien, (- ebenso, wie von Stiftungen aus den entsprechenden Umfeldern).

Verfahren, wie beispielsweise das der **„Direkten Demokratie“** und der **„Bürgerplattform“** (*Saul Alinsky/ Community Organizing von 1936*) bieten bereits ein ausgezeichnetes Instrumentarium für die Beteiligung von Bürgern. Die bisherigen Verfahrensträger sollten sich und ihre Verfahren zunächst überprüfen, inwieweit sie sich noch dem **„Modus der Belagerung“** gegenüber den Parteien verpflichtet sehen oder ob sie sich in den jeweiligen gemeinsamen Rahmen von Bürgerstiftungen integrieren möchten, bzw. sich aktiv am Aufbau und dem zu erwartenden Erfolg dieser neuen Modell-Struktur, des **Modus der Partizipation, Integration und Kooperation**, beteiligen wollen.

Es liegen bereits zwei Beteiligungsverfahren vor, welche dem **Modus der Partizipation, Integration und Kooperation** entsprechen und damit in der Lage sind, die Bindung der Bürger an ihren Staat als Gemeinwesen zu lernen und zu verbessern:

1. **PSI-21 (Politik-Schule-Internet im Agenda21 Prozess)**, ein Konzept zur Umsetzung der **"Bildungs-Republik Deutschland"** für Schüler und
2. **„Dialogkratie“, - Ein Wähler-Parteien-Dialogverfahren**
Diese Beteiligungsverfahren werden im Brief vom 31. Oktober 2008 an die **Bundesregierung** erwähnt und unter <http://www.gattel-stiftung.de/> weiter ausgeführt.

Der **Modus der Partizipation, Integration und Kooperation** verstößt zwar gegen die, in unserer Demokratie bisher bekannten und erprobten Konventionen, welche sich zwischen der Politik und den Medien so eingeschliffenen haben, dass sie aus den Bürgern Zuschauer und Konsumenten machen, deren politische Meinungen demoskopisch abgeschöpft und benutzt werden, als ginge es um Waschmittel-Marketing. Durch diese Entwertung werden wir Bürger letztlich latent in unserer Würde verletzt. Dass diese Entwürdigung (bei den meisten Menschen) nicht durchschlägt und sie krank macht, liegt wohl nur daran, dass jeder Einzelne während seiner Jugend zum „Ohne-Michel“ und „Zuschauer-Demokrat“ geprägt wurde und alles schon deshalb als „normal“ empfindet, weil es allen anderen ja schließlich auch nicht besser geht.

Wir Menschen haben uns im Laufe unserer Evolution zu „Gruppen-Wesen“ entwickelt. Dies bedeutet, dass unsere genetische Ausstattung „erwartet“, dass wir uns in einer Umwelt bewegen werden, in der wir „gruppenhaft“ unser „Empowerment“ entfalten können. Und es bedeutet, dass diese Ausstattung fixiert ist, - es also sinnvoller ist, unsere äußeren Mega-Strukturen auf diese Ausstattung auszurichten, als umgekehrt, diese zu belasten und unsere Lebensenergie und Lebensfreude durch kompensatorische Anpassungen zu vergeuden.

Aus dem gescheiterten Experiment der DDR lässt sich nachvollziehen, wie es durch eine massenhafte Bevormundung der einzelnen Bürger, also ihrer Missachtung als soziale Wesen, dazu kommt, dass diese sich latent widersetzen und in die Passivität gedrängt werden, bis zuletzt der repressive Staat selbst in sich zusammenbricht.

Durch die Ausstattung mit unserem Gruppen-„Betriebssystem“ sind wir nicht nur bestens „befähigt“, gemeinsam über Handlungs- und Lösungskonzepte zu kommunizieren, sondern fühlen uns, sobald wir uns über eine gemeinsame Vorgehensweise verständigt haben, auch dazu „ermächtigt“ das zu lösende Problem, gemeinsam an einem Strang ziehend, zu bewältigen.

Die Gattel-Stiftung als „Medium“ zwischen Bürger und Parteien“ wäre ein Modell für weitere Bürgerstiftungen dieser Art und somit nicht nur wichtig für Berlin, sondern für ganz Deutschland. Auch wäre in Berlin Mitte die gesellschaftliche „Mitte“, wie bei einer Gauß'schen Glockenkurve, durch ihre Ränder definiert. Hier wurde die Erinnerung an die jüdische Hutfabrikanten Familie Gattel wach gehalten und das Fabrikgebäude durch die „Hausbesetzer“ vor dem Abriss bewahrt.

Das Nachbarschaftshaus Prinzenallee war lange Zeit ein Leuchtturmprojekt, - nicht nur für den Kiez. Das Grundstück Prinzenallee 58 liegt am Rand des (neuen) Bezirkes Mitte, im Soldiner Kiez, welcher 2008 als „Verkehrszelle“ mit dem Rang 319 den letzten Platz des „Monitoring Soziale Stadtentwicklung“ in Berlin belegte.

Ich bitte Sie als Bürgermeister, sich für den Aufbau der „Gattel-Stiftung“ als Bürgerstiftung für Berlin Mitte einzusetzen.

Mit freundlichen Grüßen